

# Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

---

Nr. 25 München, den 30. November 1999

---

Datum	Inhalt	Seite
24.11.1999	<b>Gesetz zur Ausführung des Transplantationsgesetzes und des Transfusionsgesetzes (AGTTG) . . . . .</b> 212-2-A, 2120-1-A	464
24.11.1999	<b>Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuchs . . . . .</b> 86-7-A	467
16.11.1999	Verordnung über den finanziellen Ausgleich von Arbeitszeitguthaben aus einer langfristigen ungleichmäßigen Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit (Bayerische Ausgleichszahlungsverordnung – BayAusglZV) . . . . . 2032-3-1-7-F	468
23.11.1999	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen in Bayern . . . . . 2330-16-I	469
13.10.1999	Verordnung zur Änderung der Gaststättenbauverordnung . . . . . 2132-1-19-I	473
27.10.1999	Verordnung zur Änderung des Gebiets von Gemeinden, Landkreisen und Bezirken . . . . . 1012-2-69-I	474
4.11.1999	Zweite Verordnung zur Änderung der Bodenseefischereiverordnung . . . . . 793-7-E	476
7.11.1999	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über beamten-, disziplinar-, besoldungs- und reisekostenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen (ZustV-LU) . . . . . 2030-3-9-1-U	477
8.11.1999	Verordnung über die Bestimmung des Landratsamts Erlangen-Höchstadt als zuständige Behörde zur Festsetzung eines Wasserschutzgebiets für die öffentliche Trinkwasserversorgung des Zweckverbands zur Wasserversorgung der „Schwabachgruppe“ – Brunnen II und III . . . . . 753-1-9-51-U	478
12.11.1999	Verordnung zur Bestimmung der Bezirke und Sitze der Finanzämter in Bayern und zur Übertragung von Zuständigkeiten (Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung – FAZustV) . . . . . 601-2-F	479
16.11.1999	Verordnung zur Änderung der Gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung Justiz . . . . . 300-3-1-J	508
17.11.1999	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einstellungsvoraussetzungen für Lehrkräfte für besondere Aufgaben . . . . . 2210-4-4-WFK	509

---

212-2-A

## Gesetz zur Ausführung des Transplantationsgesetzes und des Transfusionsgesetzes (AGTTG)

Vom 24. November 1999

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekannt gemacht wird:

### § 1

Gesetz  
zur Ausführung des Transplantationsgesetzes  
und des Transfusionsgesetzes  
(AGTTG)

#### Erster Teil

#### Zuständige Stellen

##### Art. 1

Zuständige Stellen zur Ausführung  
des Transplantationsgesetzes

(1) Zur Aufklärung der Bevölkerung über die Möglichkeiten der Organspende, die Voraussetzungen der Organentnahme und die Bedeutung der Organübertragung sind die folgenden Stellen zuständig:

1. die allgemeinen staatlichen und die kommunalen Behörden des öffentlichen Gesundheitsdienstes,
2. die Krankenkassen und die privaten Krankenversicherungsunternehmen,
3. die Bayerische Landesärztekammer,
4. die Krankenhäuser,
5. die Transplantationskoordinatoren sowie
6. die Transplantationsbeauftragten.

(2) <sup>1</sup>Bei der Bayerischen Landesärztekammer wird für jedes Transplantationszentrum, das Lebendspenden durchführt, jeweils eine Kommission zur Prüfung von Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit der Lebendspende nach § 8 Abs. 3 des Gesetzes über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen (Transplantationsgesetz – TPG) vom 5. November 1997 (BGBl I S. 2631) in der jeweils geltenden Fassung gebildet. <sup>2</sup>Die Kommissionen tagen am Ort des Transplantationszentrums, für das sie zuständig sind.

##### Art. 2

Zuständige Stellen zur Ausführung  
des Transfusionsgesetzes

Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit wird ermäch-

tigt, durch Rechtsverordnung die zuständigen Behörden und Stellen zum Vollzug des Gesetzes zur Regelung des Transfusionswesens (Transfusionsgesetz) vom 1. Juli 1998 (BGBl I S. 1752) in seiner jeweils geltenden Fassung zu bestimmen.

#### Zweiter Teil

#### Kommissionen zur Prüfung von Freiwilligkeit und Unentgeltlichkeit der Lebendspende

##### Art. 3

#### Zusammensetzung

(1) <sup>1</sup>Die Kommissionen setzen sich zusammen aus

1. einer in psychologischen Fragen erfahrenen Person,
2. einem Arzt, der weder an der Entnahme noch an der Übertragung von Organen beteiligt ist und
3. einer Person mit der Befähigung zum Richteramt.

<sup>2</sup>Die Mitglieder der Kommissionen dürfen nicht Weisungen eines Arztes unterstehen, der an der Entnahme oder an der Übertragung von Organen beteiligt ist.

(2) <sup>1</sup>Die Mitglieder der Kommissionen und ihre Stellvertreter werden von der Bayerischen Landesärztekammer im Benehmen mit den Transplantationszentren sowie den Betroffenenverbänden der Dialysepatienten und der Organtransplantierten auf vier Jahre ernannt. <sup>2</sup>Eine Wiederernennung ist zulässig.

##### Art. 4

#### Verfahren

(1) <sup>1</sup>Die Bayerische Landesärztekammer erlässt für die Kommissionen eine Geschäftsordnung, die insbesondere Aussagen über die Unabhängigkeit der Stellungnahme, die Beschlussfähigkeit und die Abstimmung sowie die Anfertigung von Protokollen, deren Aufbewahrung und Einsichtsrechte der betroffenen Personen enthält. <sup>2</sup>Die Geschäftsordnung bedarf der Genehmigung durch das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit.

(2) Von ablehnenden Voten einer Kommission setzt die Bayerische Landesärztekammer die übrigen Kommissionen in Kenntnis.

(3) Die Bayerische Landesärztekammer erstattet dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung,

Familie, Frauen und Gesundheit jährlich über die Tätigkeit der Kommissionen Bericht.

#### Art. 5

##### Finanzierung

(1) Die Mitglieder der Kommissionen erhalten für ihre Tätigkeit von der Bayerischen Landesärztekammer eine angemessene Aufwandsentschädigung.

(2) Die Transplantationszentren sind verpflichtet, der Bayerischen Landesärztekammer die dieser durch die Tätigkeit der jeweiligen Kommission entstehenden Kosten zu ersetzen.

(3) Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Höhe der Entschädigung nach Absatz 1 und die Kostenerstattung nach Absatz 2 zu regeln.

#### Dritter Teil

### Transplantationszentren, Transplantationskoordinatoren und Transplantationsbeauftragte

#### Art. 6

##### Anerkennung von Transplantationszentren

(1) <sup>1</sup>Transplantationszentren zur Übertragung der in § 9 Satz 1 TPG genannten Organe bedürfen der Anerkennung durch das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit. <sup>2</sup>Dabei sind Schwerpunkte für die Übertragung dieser Organe zu bilden, um eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und wirtschaftliche Versorgung zu gewährleisten und die erforderliche Qualität der Organübertragung zu sichern. <sup>3</sup>Soweit von der Anerkennung Universitätsklinik betroffen sind, erfolgt sie im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

(2) Die Transplantationszentren teilen dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit jährlich die Zahlen und Ergebnisse der durchgeführten Transplantationen sowie der auf eine Transplantation wartenden Patienten mit.

#### Art. 7

##### Einsetzung von Transplantationskoordinatoren und Transplantationsbeauftragten

(1) <sup>1</sup>Für jedes Transplantationszentrum wird mindestens eine Person als hauptamtlicher Transplantationskoordinator tätig. <sup>2</sup>Diese kann mit dem Transplantationskoordinator eines anderen Transplantationszentrums personenidentisch sein, wenn das Transplantationszentrum fachlich auf ein bestimmtes Organ spezialisiert ist und die Anzahl der vorgenommenen Transplantationen nicht entgegensteht. <sup>3</sup>Die Transplantationskoordinatoren der bayerischen Transplantationszentren vertreten sich gegenseitig.

(2) Alle Krankenhäuser mit Intensivbetten bestellen mindestens einen Transplantationsbeauftragten.

#### Art. 8

##### Transplantationskoordinatoren

<sup>1</sup>Unbeschadet der vertraglichen Regelungen nach § 11 Abs. 2 TPG ist es insbesondere Aufgabe der Transplantationskoordinatoren,

1. die Transplantationsbeauftragten in ihrem Zuständigkeitsbereich zu beraten, zu betreuen und zu schulen,
2. die für die Organspende zu leistende Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit in ihrem Zuständigkeitsbereich zu betreuen.

<sup>2</sup>Die Transplantationskoordinatoren erstatten dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit jährlich über ihre Tätigkeit Bericht.

#### Art. 9

##### Transplantationsbeauftragte

(1) Aufgabe der Transplantationsbeauftragten ist es insbesondere,

1. die gesetzliche Verpflichtung der Krankenhäuser aus § 11 Abs. 4 Satz 2 TPG sicherzustellen,
2. das ärztliche und pflegerische Personal des jeweiligen Krankenhauses mit der Bedeutung und den Belangen der Organspende vertraut zu machen,
3. die für die Organspende zu leistende Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit in ihrem Bereich zu koordinieren,
4. die Tätigkeit der Transplantationskoordinatoren vor Ort zu unterstützen, insbesondere an der Organisation der Organentnahme mitzuwirken, und
5. die nächsten Angehörigen des Organspenders zu betreuen.

(2) <sup>1</sup>Die Transplantationsbeauftragten erfüllen ihre Funktion in Nebentätigkeit. <sup>2</sup>Das Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung eine angemessene pauschale Vergütung für die Tätigkeit der Transplantationsbeauftragten festzusetzen.

(3) Die Transplantationsbeauftragten erstatten dem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit jährlich über ihre Tätigkeit Bericht.

#### § 2

##### Änderung des Gesundheitsdienstgesetzes

Art. 17 Abs. 1 Nr. 2 Halbsatz 2 des Gesetzes über den öffentlichen Gesundheitsdienst (Gesundheitsdienstgesetz - GDG) vom 12. Juli 1986 (GVBl S. 120, BayRS 2120-1-A), zuletzt geändert durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 1995 (GVBl S. 843), erhält folgende Fassung:

„dabei können einzelne Aufgaben nur einem Landesuntersuchungsamt übertragen werden,“

§ 3

In-Kraft-Treten

<sup>1</sup>Dieses Gesetz tritt am 1. Dezember 1999 in Kraft.  
<sup>2</sup>In § 1 tritt Art. 6 Abs. 2 mit Ablauf des 31. Dezember 2003 außer Kraft.

München, den 24. November 1999

**Der Bayerische Ministerpräsident**

Dr. Edmund Stoiber

86-7-A

## **Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuchs**

Vom 24. November 1999

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekannt gemacht wird:

### § 1

Art. 4 Abs. 4 des Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuchs – AGSGB (BayRS 86-7-A), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Dezember 1997 (GVBl S. 863), wird wie folgt geändert:

1. Es wird folgender Satz 1 eingefügt:

„<sup>1</sup>Nach Landesrecht zuständige Stelle für die Bestimmung der Arbeitgebervertreter bei der Bayerischen Landesunfallkasse (§ 44 Abs. 2a Satz 2 Nr. 1 SGB IV) ist das für den Sitz der Bayerischen Landesunfallkasse zuständige Oberversicherungsamt.“

2. Der bisherige Wortlaut wird Satz 2.

### § 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1999 in Kraft.

München, den 24. November 1999

**Der Bayerische Ministerpräsident**

Dr. Edmund Stoiber

2032-3-1-7-F

**Verordnung  
über den finanziellen Ausgleich  
von Arbeitszeitguthaben  
aus einer langfristigen ungleichmäßigen Verteilung  
der regelmäßigen Arbeitszeit  
(Bayerische Ausgleichszahlungsverordnung – BayAusglZV)**

Vom 16. November 1999

Auf Grund des § 48 Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl I S. 3434) erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

## § 1

## Geltungsbereich

<sup>1</sup>Diese Verordnung regelt die Gewährung einer Ausgleichszahlung zur Abgeltung von Arbeitszeitguthaben, die Beamte aus einer langfristig angelegten ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit im Sinn des § 48 Abs. 3 BBesG erworben haben und für die ihnen der dienstrechtlich zustehende Arbeitszeitausgleich nicht oder nicht in vollem Umfang gewährt werden kann. <sup>2</sup>Die Verordnung gilt nicht für Professoren im Sinn des Bayerischen Hochschullehrergesetzes und für kommunale Wahlbeamte.

## § 2

## Anspruchsvoraussetzungen

Die Ausgleichszahlung wird in folgenden Fällen gewährt:

1. bei Beendigung des Beamtenverhältnisses,
2. beim Dienstherrnwechsel,
3. bei sonstiger Beendigung der ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit, wenn dadurch ein Arbeitszeitausgleich ganz oder teilweise unmöglich wird.

## § 3

## Entstehung und Höhe des Anspruchs

(1) <sup>1</sup>Der Anspruch auf die Ausgleichszahlung entsteht mit dem Eintritt des nach § 2 maßgeblichen Ereignisses. <sup>2</sup>Er richtet sich gegen den Dienstherrn, bei dem die zusätzliche Arbeitszeit geleistet wurde.

(2) <sup>1</sup>Die Höhe der Ausgleichszahlung bemisst sich nach den Sätzen der Mehrarbeitsvergütung für Beamte, wie sie im Zeitpunkt des Entstehens des Ausgleichsanspruchs gelten. <sup>2</sup>Zugrunde zu legen ist die Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Dezember 1998 (BGBl I S. 3434) in der jeweils geltenden Fassung mit der Maßgabe, dass bei Beamten in den Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung B der für die Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 festgelegte Vergütungssatz in der jeweils geltenden Höhe maßgebend ist.

(3) Für die Bemessung des Umfangs des abzugeltenen Arbeitszeitguthabens gelten die für den dienstrechtlichen Arbeitszeitausgleich maßgebenden Regelungen.

(4) Endet das Beamtenverhältnis durch Tod, so steht die Ausgleichszahlung den Erben zu.

## § 4

## In-Kraft-Treten, Übergangsregelung

(1) Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1999 in Kraft.

(2) Die Regelungen der §§ 2 und 3 gelten entsprechend für die vor dem In-Kraft-Treten der Verordnung auf der Grundlage des § 8a der Arbeitszeitverordnung umgesetzten Arbeitszeitmodelle, soweit diese den Tatbestand des § 48 Abs. 3 Satz 1 BBesG erfüllen.

München, den 16. November 1999

**Der Bayerische Ministerpräsident**

Dr. Edmund Stoiber

2330-16-I

**Verordnung  
zur Änderung der  
Verordnung zur Durchführung des Gesetzes  
über den Abbau der Fehlsubventionierung  
im Wohnungswesen in Bayern**

Vom 23. November 1999

Auf Grund von

- Art. 1 Satz 2 Nr. 1 und Art. 2 Abs. 12 Nr. 2 des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen in Bayern (BayAFWoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Oktober 1995 (GVBl S. 806, BayRS 2330-18-I), geändert durch Gesetz vom 26. Juli 1997 (GVBl S. 355), und
- § 11 Satz 1 des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen (AFWoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 1994 (BGBl I S. 2180), geändert durch Art. 29 des Gesetzes vom 24. März 1997 (BGBl I S. 594, 708),

erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Anlage 1 zur Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen in Bayern (DVAFWoG) vom 2. Dezember 1997 (GVBl S. 788, BayRS 2330-16-I) wird durch die **Anlage** zu dieser Verordnung ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

München, den 23. November 1999

**Der Bayerische Ministerpräsident**

Dr. Edmund Stoiber



Gemeinde	Mietenstufe		
		Prien a. Chiemsee	4
		Prutting	2
Valley	2	Raubling	2
Waakirchen	4	Riedering	2
Wargau	4	Rimsting	4
Weyarn	4	Rohrdorf	2
		Rott a. Inn	2
<b>Landkreis Mühldorf a. Inn</b>		Samerberg	2
Waldkraiburg	3	Schechen	2
		Söchtenau	2
<b>Landkreis München</b>		Soyen	2
Aschheim	5	Stephanskirchen	4
Aying	4	Vogtareuth	2
Baierbrunn	5	Wasserburg a. Inn	3
Brunnthal	5		
Feldkirchen	5	<b>Landkreis Starnberg</b>	
Garching b. München	5	Andechs	4
Gräfelfing	5	Berg	5
Grasbrunn	5	Feldafing	5
Grünwald	5	Gauting	5
Haar	5	Gilching	5
Höhenkirchen-Siegertsbrunn	5	Herrsching a. Ammersee	5
Hohenbrunn	5	Inning a. Ammersee	5
Ismaning	5	Krailling	5
Kirchheim b. München	5	Pöcking	5
Neubiberg	5	Seefeld	5
Neuried	5	Starnberg	5
Oberhaching	5	Tutzing	5
Oberschleißheim	5	Weßling	5
Ottobrunn	5	Wörthsee	5
Planegg	5		
Pullach i. Isartal	5	<b>Landkreis Weilheim-Schongau</b>	
Putzbrunn	5	Altenstadt	2
Sauerlach	4	Bernried	5
Schäftlarn	5	Böbing	2
Straßlach-Dingharting	5	Hohenpeißenberg	2
Taufkirchen	5	Huglfing	2
Unterföhring	5	Iffeldorf	4
Unterhaching	5	Obersöchering	2
Unterschleißheim	5	Peißenberg	3
		Peiting	2
<b>Landkreis Rosenheim</b>		Penzberg	4
Amerang	2	Polling	2
Bad Aibling	4	Raisting	2
Bad Endorf	2	Schongau	3
Bad Feilnbach	2	Schwabsoien	1
Bernau a. Chiemsee	4	Seeshaupt	4
Brannenburg	4	Weilheim i. OB	4
Breitbrunn a. Chiemsee	2	Wielenbach	2
Bruckmühl	2		
Edling	2	<b>Regierungsbezirk Niederbayern</b>	
Eggstätt	2		
Feldkirchen-Westerham	4	<b>Kreisfreie Städte</b>	
Flintsbach a. Inn	2	Landshut	3
Großkarolinenfeld	2	Straubing	2
Halfing	2		
Kiefersfelden	3	<b>Landkreis Rottal-Inn</b>	
Kolbermoor	4	Arnstorf	1
Nußdorf a. Inn	2	Eggenfelden	2
Oberaudorf	4	Ering	1
Pfaffing	2	Gangkofen	1

Gemeinde	Mietenstufe		
		Roßtal	2
		Stein	3
Julbach	1	Veitsbronn	2
Kirchdorf a. Inn	1	Wilhermsdorf	1
Malgersdorf	1	Zirndorf	3
Massing	1	<b>Landkreis Nürnberger Land</b>	
Pfarrkirchen	2	Altdorf b. Nürnberg	2
Postmünster	1	Burgthann	2
Simbach a. Inn	2	Feucht	3
Tann	1	Happurg	1
		Henfenfeld	1
<b><u>Regierungsbezirk Oberpfalz</u></b>		Hersbruck	2
<b>Kreisfreie Städte</b>		Lauf a. d. Pegnitz	3
Amberg	2	Leinburg	1
Regensburg	3	Neuhaus a. d. Pegnitz	1
		Neunkirchen a. Sand	2
		Pommelsbrunn	1
<b><u>Regierungsbezirk Oberfranken</u></b>		Reichenschwand	1
<b>Kreisfreie Städte</b>		Röthenbach a. d. Pegnitz	3
Bamberg	3	Rückersdorf	2
Bayreuth	3	Schnaittach	2
Coburg	3	Schwaig b. Nürnberg	3
		Schwarzenbruck	2
		Velden	1
<b><u>Regierungsbezirk Mittelfranken</u></b>		Vorra	1
<b>Kreisfreie Städte</b>		Winkelhaid	2
Erlangen	3	<b><u>Regierungsbezirk Unterfranken</u></b>	
Fürth	3	<b>Kreisfreie Städte</b>	
Nürnberg	3	Aschaffenburg	3
<b>Landkreis Fürth</b>		Würzburg	3
Ammerndorf	1	<b><u>Regierungsbezirk Schwaben</u></b>	
Cadolzburg	2	<b>Kreisfreie Städte</b>	
Langenzenn	2	Augsburg	3
Oberasbach	2	Kempton (Allgäu)	3
Obermichelbach	2		
Puschendorf	2		

2132-1-19-I

**Verordnung  
zur Änderung der  
Gaststättenbauverordnung**

**Vom 13. Oktober 1999**

Auf Grund des Art. 90 Abs. 1 Nrn. 3 und 4 der Bayerischen Bauordnung erlässt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

§ 1

In § 31 Satz 2 der Verordnung über den Bau von Gast- und Beherbergungsstätten (Gaststättenbauverordnung – GastBauV) vom 13. August 1986 (GVBl S. 304, BayRS 2132-1-19-I), geändert durch § 5 der Verordnung vom 8. Dezember 1997 (GVBl S. 827, ber. 1998 S. 270), wird das Datum „31. Dezember 1999“ durch das Datum „31. Dezember 2004“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 31. Dezember 1999 in Kraft.

München, den 13. Oktober 1999

**Bayerisches Staatsministerium des Innern**

Dr. Günther Beckstein, Staatsminister

1012-2-69-I

## Verordnung zur Änderung des Gebiets von Gemeinden, Landkreisen und Bezirken

Vom 27. Oktober 1999

Auf Grund von Art. 8 und 9 der Bezirksordnung, Art. 8 und 9 der Landkreisordnung und Art. 11 und 12 der Gemeindeordnung erlässt das Bayerische Staatsministerium des Innern folgende Verordnung:

### § 1

Änderung des Gebiets der Gemeinde Hohenpolding, Landkreis Erding, Regierungsbezirk Oberbayern, und des Marktes Baierbach, Landkreis Landshut, Regierungsbezirk Niederbayern

(1) In die Gemeinde Hohenpolding werden aus dem Markt Baierbach umgegliedert die Flurstücke

der Gemarkung Baierbach	m <sup>2</sup>
38/33	663
99/7	8
99/10	4
38/32	44.

(2) In den Markt Baierbach werden aus der Gemeinde Hohenpolding umgegliedert die Flurstücke

der Gemarkung Sulding	m <sup>2</sup>
653/1	110
716/9	55.

(3) Gleichzeitig wird das Gebiet der Landkreise Erding und Landshut sowie der Bezirke Oberbayern und Niederbayern geändert.

(4) <sup>1</sup>Die Umgliederungsflurstücke sind in den Veränderungsnachweisen Nr. 149 Gemarkung Sulding des Vermessungsamts Erding und Nr. 260 Gemarkung Baierbach des Vermessungsamts Landshut ausgewiesen. <sup>2</sup>Die Veränderungsnachweise liegen bei den genannten Vermessungsämtern auf und können von jedermann eingesehen werden.

### § 2

Änderung des Gebiets des Marktes Bad Abbach, Landkreis Kelheim, Regierungsbezirk Niederbayern, und der Gemeinden Pentling und Thalmassing, Landkreis Regensburg, Regierungsbezirk Oberpfalz

(1) In den Markt Bad Abbach werden aus der Gemeinde Pentling umgegliedert die Flurstücke

der Gemarkung Poign	m <sup>2</sup>
79/2	34
79/3	33
79/12	10
79/13	10.

(2) In die Gemeinde Pentling werden aus dem Markt Bad Abbach umgegliedert die Flurstücke

der Gemarkung Peising	m <sup>2</sup>
584/5	180
584/7	73
584/1	26.

(3) In den Markt Bad Abbach werden aus der Gemeinde Thalmassing umgegliedert die Flurstücke

der Gemarkung Weillohe	m <sup>2</sup>
459/4	1347
459/13	1061
461/4	208
462/3	3384
462/4	3836
466/2	71
468/4	1643
469/1	859
469/3	95
470/3	5.

(4) In die Gemeinde Thalmassing werden aus dem Markt Bad Abbach umgegliedert die Flurstücke

der Gemarkung Peising	m <sup>2</sup>
590/1	28
642/5	29
664/14	287
664/18	15 456.

(5) Gleichzeitig wird das Gebiet der Landkreise Kelheim und Regensburg sowie der Bezirke Niederbayern und Oberpfalz geändert.

(6) <sup>1</sup>Die Umgliederungsflurstücke sind in den Veränderungsnachweisen Nr. 129 Gemarkung Poign und Nr. 92 Gemarkung Weillohe des Vermessungsamts Regensburg, Nr. 170 Gemarkung Peising und Nr. 171 Gemarkung Peising des Vermessungsamts Abensberg ausgewiesen. <sup>2</sup>Die Veränderungsnachweise liegen bei den genannten Vermessungsämtern auf und können von jedermann eingesehen werden.

### § 3

Änderung des Gebiets der Stadt Waldershof, Landkreis Tirschenreuth, Regierungsbezirk Oberpfalz, und der Großen Kreisstadt Marktredwitz, Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge, Regierungsbezirk Oberfranken

(1) In die Stadt Waldershof werden aus der Großen Kreisstadt Marktredwitz umgegliedert die Flurstücke

der Gemarkung Wölsau	m <sup>2</sup>
3447/3	31
3448/3	98
3575/2	107
3575/3	76
3634/2	1122
3634/3	44.

(2) In die Große Kreisstadt Marktredwitz werden aus der Stadt Waldershof umgegliedert die Flurstücke

der Gemarkung Lengenfeld bei Groschlattengrün	m <sup>2</sup>
65/2	34.

(3) Gleichzeitig wird das Gebiet der Landkreise Tirschenreuth und Wunsiedel i. Fichtelgebirge sowie der Bezirke Oberpfalz und Oberfranken geändert.

(4) <sup>1</sup>Die Umgliederungsflurstücke sind in den Veränderungsnachweisen Nr. 226 Gemarkung Lengenfeld bei Groschlattengrün des Vermessungsamts Tirschenreuth und Nr. 292 Gemarkung Wölsau des Vermessungsamts Wunsiedel ausgewiesen. <sup>2</sup>Die Verände-

rungsnachweise liegen bei den genannten Vermessungsämtern auf und können von jedermann eingesehen werden.

#### § 4

Geltung des Orts-, Kreis- und Bezirksrechts

Im jeweiligen Umgliederungsgebiet tritt das Recht der abgebenden Gebietskörperschaft außer Kraft und das Recht der aufnehmenden Gebietskörperschaft in Kraft.

#### § 5

In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

München, den 27. Oktober 1999

**Bayerisches Staatsministerium des Innern**

Dr. Günther Beckstein, Staatsminister

793-7-E

## Zweite Verordnung zur Änderung der Bodenseefischereiverordnung

Vom 4. November 1999

Auf Grund des Art. 72 Abs. 1 des Fischereigesetzes für Bayern (BayRS 793-1-E), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24. Juli 1998 (GVBl S. 470), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

### § 1

Die Verordnung über die Ausübung der Fischerei im Bodensee (Bodenseefischereiverordnung - BoFiV) vom 1. Dezember 1995 (GVBl S. 825, BayRS 793-7-E), geändert durch Verordnung vom 29. Oktober 1997 (GVBl S. 741), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 2 werden die Worte „12. Mai 1997 (GVBl S. 120)“ durch die Worte „3. Dezember 1998 (GVBl S. 982)“ ersetzt.
2. Dem § 5 Abs. 2 Satz 1 wird folgender Text angefügt:  
„,wobei in der Zeit vom 15. September bis 15. Oktober einheitlich die Sonnenaufgangszeit vom 15. September maßgebend ist.“
3. § 11 Abs. 6 Satz 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:  
„3. vom 21. Mai bis 30. September dürfen sie an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen erst ab 17.00 Uhr gesetzt werden.“

4. In § 15 Abs. 3 Satz 1 werden nach dem Wort „dürfen“ die Worte „von einem Boot aus“ eingefügt.

5. In § 20 Abs. 5 wird Satz 2 durch folgende Sätze 2 und 3 ersetzt:

„<sup>2</sup>Gefangene Barsche sind anzulanden; das gilt in der Zeit vom 20. Mai bis 15. Oktober nur für Barsche mit einer Länge von mehr als 13 cm. <sup>3</sup>Soweit gefangene Barsche zurückgesetzt werden dürfen, gilt Absatz 4 entsprechend.“

### § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

München, den 4. November 1999

**Bayerisches Staatsministerium  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Josef Miller, Staatsminister

2030-3-9-1-U

**Zweite Verordnung  
zur Änderung der  
Verordnung über beamten-, disziplinar-, besoldungs-  
und reisekostenrechtliche Zuständigkeiten  
im Geschäftsbereich des  
Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung  
und Umweltfragen (ZustV-LU)**

Vom 7. November 1999

Auf Grund von Art. 80e Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG) erlässt das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über beamten-, disziplinar-, besoldungs- und reisekostenrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen (ZustV-LU) vom 9. Dezember 1997 (GVBl S. 871, BayRS 2030-3-9-1-U), geändert durch Verordnung vom 13. September 1999 (GVBl S. 423), wird wie folgt geändert:

1. In der Einleitungsformel wird das Zitat „Art. 80d Abs. 1 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG)“ durch das Zitat „Art. 80e Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 des Bayerischen Beamtengesetzes (BayBG)“ ersetzt.
2. § 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Nach den Worten „Art. 80c BayBG Arbeitsmarktpolitische Beurlaubung“ werden in der

nächsten Zeile die Worte „Art. 80d BayBG Altersteilzeit“ eingefügt.

- b) Es wird folgender Satz 3 angefügt:

„<sup>3</sup>Davon abweichend entscheidet über die Gewährung von Altersteilzeit im Blockmodell die Staatsregierung, wenn der Leiter der Behörde der Besoldungsordnung B angehört.“

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. August 1999 in Kraft.

München, den 7. November 1999

**Bayerisches Staatsministerium  
für Landesentwicklung und Umweltfragen**

Dr. Werner Schnappauf, Staatsminister

753-1-9-51-U

**Verordnung**  
**über die Bestimmung des Landratsamts Erlangen-Höchstadt**  
**als zuständige Behörde zur Festsetzung eines Wasserschutzgebiets für**  
**die öffentliche Trinkwasserversorgung des Zweckverbands**  
**zur Wasserversorgung der „Schwabachgruppe“ – Brunnen II und III**

Vom 8. November 1999

Auf Grund des Art. 75 Abs. 3 Satz 1 des Bayerischen Wassergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1994 (GVBl S. 822, BayRS 753-1-U), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 23. Februar 1999 (GVBl S. 36), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen folgende Verordnung:

## § 1

Das Landratsamt Erlangen-Höchstadt wird als zuständige Behörde für den Erlass, die Aufhebung und die Änderung einer Verordnung zur Festsetzung eines Wasserschutzgebiets für die öffentliche Trinkwasserversorgung zur Sicherung der Brunnen II und III des Zweckverbands zur Wasserversorgung der „Schwabachgruppe“ in den Gemarkungen Brand und Oberschöllnbach der Marktgemeinde Eckental, Landkreis Erlangen-Höchstadt, Regierungsbezirk Mittelfranken, und in der Gemarkung Kleinsendelbach, Gemeinde Kleinsendelbach, Landkreis Forchheim, Regierungsbezirk Oberfranken, bestimmt.

## § 2

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1999 in Kraft.

München, den 8. November 1999

**Bayerisches Staatsministerium**  
**für Landesentwicklung und Umweltfragen**

Dr. Werner Schnappauf, Staatsminister

601-2-F

**Verordnung  
zur Bestimmung der Bezirke und Sitze  
der Finanzämter in Bayern  
und zur Übertragung von Zuständigkeiten  
(Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung –  
FAZustV)**

Vom 12. November 1999

Auf Grund von § 2 Abs. 2, § 17 Abs. 2 Satz 3 und Abs. 3 des Finanzverwaltungsgesetzes vom 30. August 1971 (BGBl I S. 1426), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 4. Mai 1998 (BGBl I S. 845) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Finanzverwaltung vom 26. November 1985 (GVBl S. 761, BayRS 601-1-F), erlässt das Bayerische Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Bezeichnung, Sitz und Amtsbezirk  
der Finanzämter

(1) Bezeichnung, Sitz und Amtsbezirk der Finanzämter ergeben sich aus **Anlage 1**.

(2) Die Finanzämter sind für ihren Amtsbezirk für die Verwaltung der Steuern und die ihnen sonst übertragenen Aufgaben zuständig.

§ 2

Eingeschränkte Aufgaben,  
übertragene Zuständigkeiten, Begriffe

(1) Abweichend von § 1 Abs. 2 wird bestimmt:

1. Die Zuständigkeit der Finanzämter in München und in Nürnberg innerhalb ihres Amtsbezirks wird auf die in Anlage 1 Spalte 3 bezeichneten Aufgaben beschränkt.
2. Einzelnen Finanzämtern werden nach Maßgabe der **Anlage 3** Zuständigkeiten für die Bezirke mehrerer Finanzämter übertragen.

(2) Für die in den **Anlagen 1 und 3** verwendeten Begriffe gilt:

1. Anfangsbuchstabe des Namens des Steuerpflichtigen:

Für die Zuständigkeitsabgrenzung innerhalb der Finanzämter in der Landeshauptstadt München ist der Anfangsbuchstabe des Namens des Steuerpflichtigen maßgebend. Bei Ehegatten ist dies der Anfangsbuchstabe des gemeinsamen Ehenamens. Führen Ehegatten keinen gemeinsamen Ehenamen, richtet sich die Zuständigkeit nach dem Anfangsbuchstaben des Namens des Ehemannes. Hat ein Ehegatte dem Ehenamen den Geburtsnamen vorangestellt, ist der Anfangsbuchstabe des Ehenamens maßgebend.

Bei Gemeinschaften mit Einkünften aus Vermietung und Verpachtung aus einem Objekt im Zuständigkeitsbereich der Finanzämter in München ist bei einer Belegenheit in der Landeshauptstadt München der Anfangsbuchstabe des Straßennamens, bei einer Belegenheit im Landkreis München der Anfangsbuchstabe des Gemeindepennamens maßgebend.

Für Feststellungen in den Fällen des § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 der Verordnung zu § 180 Abs. 2 Abgabenordnung (AO) in der jeweils geltenden Fassung richtet sich die Zuständigkeit nach dem Anfangsbuchstaben des Erklärungspflichtigen.

2. Besteuerung der Körperschaften:

Die Zuständigkeit umfasst die Besteuerung nach dem Einkommen, dem Umsatz und dem Vermögen einschließlich der Außenprüfung bei Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen im Sinn des Körperschaftsteuergesetzes. Nicht hierunter fallen Feststellungen in den Fällen des § 1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 der Verordnung zu § 180 Abs. 2 AO in der jeweils geltenden Fassung, in denen eine Körperschaft Erklärungspflichtiger ist.

Ist die Besteuerung der Körperschaften einem Finanzamt für den Bereich mehrerer Finanzämter übertragen, umfasst die Zuständigkeit für den übertragenen Bereich nicht die Lohnsteueraufgaben des Betriebsstättenfinanzamts im Sinn des § 41a Einkommensteuergesetz.

3. Betriebsprüfung:

Sie umfasst die Anordnung und Durchführung von allgemeinen Außenprüfungen (Betriebsprüfungen)

- bei Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben im Sinn von § 3 Betriebsprüfungsordnung (BpO) vom 17. Dezember 1987 (BStBl I S. 802),
- bei Betrieben aller Größenklassen der Konzerne und sonstiger zusammenhängender Unternehmen im Sinn von §§ 13 bis 19 BpO,
- bei Bauherrengemeinschaften, Erwerbergemeinschaften, Immobilienfonds und Verlustzuweisungsgesellschaften

sowie Außenprüfungen im Sinn von § 2 Abs. 2 BpO. Für die Betriebsprüfung bei Kreditinstituten, bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, bei Versicherungsunternehmen und bei Versorgungsbetrieben wird auf die Begriffsbestimmungen Nummern 4 bis 7 verwiesen.

Soweit ein Finanzamt für die vorstehend beschriebenen Außenprüfungen zuständig ist, erstreckt sich die Zuständigkeit im Fall der Durchführung einer Außenprüfung auch auf die Lohnsteuer-Außenprüfung im Sinn des § 42f Einkommensteuergesetz für Arbeitgeber mit nicht mehr als fünf Arbeitnehmern.

4. Betriebsprüfung Gesellschaften mit beschränkter Haftung:

Sie umfasst die Anordnung und Durchführung von allgemeinen Außenprüfungen (Betriebsprüfungen) bei Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben in der Rechtsform von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (§ 1 Abs. 1 Nr. 1 KStG) durch Finanzämter in München. Ausgenommen sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung

– die zu einem Konzern (§ 13 BpO) gehören, dessen beherrschendes Unternehmen eine juristische Person ist, die in der Landeshauptstadt München oder im Landkreis München ihren Sitz oder ihre Geschäftsleitung hat, wenn der Konzern einen inländischen Außenumsatz von mehr als 50 Millionen Euro<sup>\*)</sup> erzielt,

– die zu sonstigen zusammenhängenden Unternehmen im Sinn der §§ 18 und 19 BpO gehören, deren wirtschaftlich bedeutendstes Unternehmen eine juristische Person ist, die ihren Sitz oder ihre Geschäftsleitung in der Landeshauptstadt München oder im Landkreis München hat, wenn die sonstigen zusammenhängenden Unternehmen einen inländischen Außenumsatz von mehr als 50 Millionen Euro<sup>\*)</sup> erzielen,

– die zu einem Konzern (§ 13 BpO) gehören, dessen beherrschendes Unternehmen außerhalb der Landeshauptstadt München oder des Landkreises München seinen Sitz oder seine Geschäftsleitung hat, wenn der inländische Außenumsatz einer dieser konzernabhängigen Gesellschaften mit beschränkter Haftung mehr als 50 Millionen Euro<sup>\*)</sup> beträgt,

– die steuerbefreit sind (§ 5 Abs. 1 KStG).

Nummer 3 der Begriffsbestimmungen letzter Satz gilt entsprechend.

5. Betriebsprüfung Kreditinstitute:

Sie umfasst die Anordnung und Durchführung von allgemeinen Außenprüfungen (Betriebsprüfungen) aller Größenklassen bei Kreditinstituten. Nummer 3 der Begriffsbestimmungen letzter Satz gilt entsprechend.

6. Betriebsprüfung land- und forstwirtschaftliche Betriebe:

Sie umfasst die Anordnung und Durchführung von allgemeinen Außenprüfungen (Betriebsprüfungen) bei Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben der Land- und Forstwirtschaft. Nummer 3 der Begriffsbestimmungen letzter Satz gilt entsprechend.

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe sind alle Betriebe, die die in § 13 Einkommensteuergesetz aufgeführten Tätigkeiten ausüben. Dies gilt auch, wenn diese zu Einkünften aus Gewerbebetrieb führen.

7. Betriebsprüfung Versicherungsunternehmen:

Sie umfasst die Anordnung und Durchführung von allgemeinen Außenprüfungen (Betriebsprüfungen) bei Versicherungsunternehmen aller Größenklassen. Nummer 3 der Begriffsbestimmungen letzter Satz gilt entsprechend.

8. Betriebsprüfung Versorgungsbetriebe:

Sie umfasst die Anordnung und Durchführung von allgemeinen Außenprüfungen (Betriebsprüfungen) bei Versorgungsbetrieben aller Größenklassen. Nummer 3 der Begriffsbestimmungen letzter Satz gilt entsprechend.

Versorgungsbetriebe sind Unternehmen, die sich mit der Gewinnung, Erzeugung und Verteilung von Wasser, Gas, Elektrizität oder Wärme befassen, sowie Verkehrs- oder Hafenbetriebe der öffentlichen Hand.

9. Erhebung und Vollstreckung:

Die Erhebung umfasst auch Stundung und Erlass der Ansprüche aus einem Steuerschuldverhältnis. Hiervon ausgenommen sind Stundungen nach § 222 AO aus sachlichen Gründen und Stundungen auf Grund von Einzelsteuergesetzen, die Aussetzung der Vollziehung sowie die Anrechnung von Steuerabzugsbeträgen und von Körperschaftsteuer (§ 36 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 Einkommensteuergesetz). Die Vollstreckung umfasst nicht die Aufteilung einer Gesamtschuld im Sinn der §§ 268 ff AO.

10. Gesonderte Feststellungen nach Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 AO:

Sie umfassen gesonderte Feststellungen von Besteuerungsgrundlagen nach § 5 und nach §§ 7 bis 14 in Verbindung mit § 18 Außensteuergesetz sowie gesonderte Feststellungen nach § 180 Abs. 5 in Verbindung mit Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a AO bei Beteiligungen an ausländischen Personengesellschaften oder Gemeinschaften, wenn die von unbeschränkt steuerpflichtigen Gesellschaftern oder Gemeinschaftern gehaltenen Gesellschafts- oder Gemeinschaftsanteile (Mitunternehmeranteile) nicht insgesamt zum steuerlichen Betriebsvermögen einer inländischen Personengesellschaft zu rechnen sind.

11. Lohnsteuer-Außenprüfung:

Sie umfasst die Anordnung und Durchführung von Außenprüfungen im Sinn des § 42f Einkommensteuergesetz.

12. Umsatzsteuerprüfung:

Sie umfasst die Anordnung und Durchführung von Außenprüfungen im Sinn des § 193 AO, die nach § 194 AO auf die Prüfung der Umsatzsteuer oder einzelne umsatzsteuerliche Sachverhalte beschränkt ist.

§ 3

Finanzamtsaußenstellen

(1) Für die in **Anlage 2** bezeichneten Finanzämter (Stammfinanzämter) bestehen Außenstellen an den in Anlage 2 Spalte 3 genannten Sitzen.

<sup>\*)</sup> entspricht 97,7915 Millionen DM

(2) Die Außenstellen nehmen Teilaufgaben ihres jeweiligen Stammfinanzamts wahr.

#### § 4

##### Steuerrechenzentrum

(1) <sup>1</sup>Das Rechenzentrum der Steuerverwaltung wird als Finanzamt eingerichtet. <sup>2</sup>Es führt die Bezeichnung Technisches Finanzamt (TFA) und hat seinen Sitz in Nürnberg.

(2) Es nimmt für die Finanzämter der Oberfinanzbezirke München und Nürnberg folgende, mit dem Einsatz automatischer Einrichtungen im Besteuerungsverfahren zusammenhängende, Steuerverwaltungstätigkeiten wahr:

1. Berechnung von Steuern einschließlich der Steuerergütungen und Steuererstattungen sowie von steuerlichen Nebenleistungen sowie die Fertigung und Bekanntgabe der entsprechenden Verwaltungsakte;
2. Berechnung von gesondert festzustellenden Besteuerungsgrundlagen, von Steuermessbeträgen und Zerlegungsanteilen sowie Fertigung und Bekanntgabe der entsprechenden Verwaltungsakte;
3. Fertigung von Aufforderungen zur Abgabe von Steuererklärungen, Androhungen von Zwangsgeld, Mahnungen, Anforderungen von Säumniszuschlägen, sonstigen Mitteilungen und Hinweisen sowie deren Bekanntgabe;
4. Entgegennahme von Steuererklärungen, Mitteilungen nach der Mitteilungsverordnung sowie sonstigen Daten für das Besteuerungsverfahren, soweit diese beleglos auf Datenträgern oder im Wege der Datenfernübertragung übermittelt werden;
5. Unterstützung der Vollstreckungsstellen und der Bußgeld- und Strafsachenstellen und Fertigung entsprechender Verwaltungsakte sowie deren Bekanntgabe;

6. Buchführung über die von den Finanzkassen anzunehmenden oder auszahlenden Beträge einschließlich der Fertigung von Unterlagen für Ein- und Auszahlungen;
7. Verarbeitung von Zahlungen im Datenübermittlungsverfahren mit den Kreditinstituten;
8. Übermittlung von Daten, insbesondere an öffentliche Stellen;
9. Erstellung von Statistiken und sonstigen Auswertungen;
10. Verwaltung der Datenbestände, soweit sie mit den unter den Nummern 1 bis 9 genannten Arbeiten anfallen.

(3) Das zuständige Finanzamt kann in Absatz 2 genannte Maßnahmen auch selbst vornehmen.

#### § 5

##### In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2000 in Kraft.

(2) Mit Ablauf des 31. Dezember 1999 tritt die Verordnung zur Bestimmung der Bezirke und Sitze der Finanzämter in Bayern und zur Übertragung von Zuständigkeiten (Finanzamts-Zuständigkeitsverordnung – FAZustV) vom 7. Dezember 1992 (GVBl S. 741, BayRS 601–2–F), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. November 1998 (GVBl S. 977), außer Kraft.

München, den 12. November 1999

**Bayerisches Staatsministerium der Finanzen**

Prof. Dr. Kurt Falthauer, Staatsminister

Anlage 1

Lfd. Nr.	Bezeichnung und Sitz	Bezirk des Finanzamts
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3
	<b>Oberfinanzbezirk München</b>	
1	Finanzamt Augsburg-Land in Augsburg	Landkreise Aichach-Friedberg und Augsburg
2	Finanzamt Augsburg-Stadt in Augsburg	Kreisfreie Stadt Augsburg
3	Finanzamt Berchtesgaden in Berchtesgaden	Landkreis Berchtesgadener Land
4	Finanzamt Burghausen in Burghausen	Landkreis Altötting
5	Finanzamt Dachau in Dachau	Landkreis Dachau
6	Finanzamt Deggendorf in Deggendorf	Landkreis Deggendorf
7	Finanzamt Dillingen a. d. Donau in Dillingen a. d. Donau	Landkreis Dillingen a. d. Donau
8	Finanzamt Dingolfing in Dingolfing	Landkreis Dingolfing-Landau
9	Finanzamt Ebersberg in Ebersberg	Landkreis Ebersberg
10	Finanzamt Eggenfelden in Eggenfelden	Landkreis Rottal-Inn
11	Finanzamt Eichstätt in Eichstätt	Landkreis Eichstätt
12	Finanzamt Erding in Erding	Landkreis Erding
13	Finanzamt Freising in Freising	Landkreis Freising
14	Finanzamt Fürstenfeldbruck in Fürstenfeldbruck	Landkreis Fürstenfeldbruck
15	Finanzamt Garmisch-Partenkirchen in Garmisch-Partenkirchen	Landkreis Garmisch-Partenkirchen
16	Finanzamt Grafenau in Grafenau	Landkreis Freyung-Grafenau
17	Finanzamt Günzburg in Günzburg	Landkreis Günzburg
18	Finanzamt Ingolstadt in Ingolstadt	Kreisfreie Stadt Ingolstadt
19	Finanzamt Kaufbeuren in Kaufbeuren	Landkreis Ostallgäu und kreisfreie Stadt Kaufbeuren
20	Finanzamt Kelheim in Kelheim	Landkreis Kelheim
21	Finanzamt Kempten (Allgäu) in Kempten (Allgäu)	Landkreis Oberallgäu und kreisfreie Stadt Kempten (Allgäu)
22	Finanzamt Landsberg a. Lech in Landsberg a. Lech	Landkreis Landsberg a. Lech

Lfd. Nr.	Bezeichnung und Sitz	Bezirk des Finanzamts
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3
23	Finanzamt Landshut in Landshut	Landkreis Landshut und kreisfreie Stadt Landshut
24	Finanzamt Lindau (Bodensee) in Lindau (Bodensee)	Landkreis Lindau (Bodensee)
25	Finanzamt Memmingen in Memmingen	Landkreis Unterallgäu und kreisfreie Stadt Memmingen
26	Finanzamt Miesbach in Miesbach	Landkreis Miesbach
27	Finanzamt Mühldorf a. Inn in Mühldorf a. Inn	Landkreis Mühldorf a. Inn
28	Finanzamt München für Grund- besitz und Verkehrsteuern in München	Landkreis München und Landeshauptstadt München – Einheitsbewertung des Grundbesitzes, Grund- erwerbsteuer
29	Finanzamt München für Körper- schaften in München	Landkreis München und Landeshauptstadt München – Steuerungen der Körperschaften (ohne Aufgaben der Finanzämter München für Grundbesitz und Verkehrsteuern und Zentral- finanzamt München)
30	Finanzamt München I in München	Landkreis München und Landeshauptstadt München – Steuerpflichtige mit den Anfangsbuchstaben A bis E (ohne Aufgaben der Finanzämter München für Grundbesitz und Verkehrsteuern, München für Körperschaften und Zentralfinanzamt München)
31	Finanzamt München II in München	Landkreis München und Landeshauptstadt München – Steuerpflichtige mit den Anfangsbuchstaben F bis I (ohne Aufgaben der Finanzämter München für Grundbesitz und Verkehrsteuern, München für Körperschaften und Zentralfinanzamt München)
32	Finanzamt München III in München	Landkreis München und Landeshauptstadt München – Steuerpflichtige mit den Anfangsbuchstaben J bis M (ohne Aufgaben der Finanzämter München für Grundbesitz und Verkehrsteuern, München für Körperschaften und Zentralfinanzamt München)
33	Finanzamt München IV in München	Landkreis München und Landeshauptstadt München – Steuerpflichtige mit den Anfangsbuchstaben N bis S (ohne Anfangsbuchstabe Sch) (ohne Aufgaben der Finanzämter München für Grundbesitz und Verkehrsteuern, München für Körperschaften und Zentralfinanzamt München)
34	Finanzamt München V in München	Landkreis München und Landeshauptstadt München – Steuerpflichtige mit den Anfangsbuchstaben Sch und T bis Z (ohne Aufgaben der Finanzämter München für Grundbesitz und Verkehrsteuern, München für Körperschaften und Zentralfinanzamt München)
35	Zentralfinanzamt München in München	Landkreis München und Landeshauptstadt München – Erhebung, Vollstreckung, Kraftfahrzeugsteuer

Lfd. Nr.	Bezeichnung und Sitz	Bezirk des Finanzamts
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3
36	Finanzamt Neu-Ulm in Neu-Ulm	Landkreis Neu-Ulm
37	Finanzamt Nördlingen in Nördlingen	Landkreis Donau-Ries
38	Finanzamt Passau in Passau	Landkreis Passau und kreisfreie Stadt Passau
39	Finanzamt Pfaffenhofen a.d.Ilm in Pfaffenhofen a.d.Ilm	Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm
40	Finanzamt Rosenheim in Rosenheim	Landkreis Rosenheim und kreisfreie Stadt Rosenheim
41	Finanzamt Schrobenhausen in Schrobenhausen	Landkreis Neuburg-Schrobenhausen
42	Finanzamt Starnberg in Starnberg	Landkreis Starnberg
43	Finanzamt Straubing in Straubing	Landkreis Straubing-Bogen und kreisfreie Stadt Straubing
44	Finanzamt Traunstein in Traunstein	Landkreis Traunstein
45	Finanzamt Weilheim i.OB in Weilheim i.OB	Landkreis Weilheim-Schongau
46	Finanzamt Wolfratshausen in Wolfratshausen	Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen
47	Finanzamt Zwiesel in Zwiesel	Landkreis Regen
<b>Oberfinanzbezirk Nürnberg</b>		
101	Finanzamt Amberg in Amberg	Landkreis Amberg-Sulzbach und kreisfreie Stadt Amberg
102	Finanzamt Ansbach in Ansbach	Landkreis Ansbach und kreisfreie Stadt Ansbach
103	Finanzamt Aschaffenburg in Aschaffenburg	Landkreis Aschaffenburg und kreisfreie Stadt Aschaffenburg
104	Finanzamt Bad Kissingen in Bad Kissingen	Landkreis Bad Kissingen
105	Finanzamt Bad Neustadt a.d.Saale in Bad Neustadt a.d.Saale	Landkreis Rhön-Grabfeld
106	Finanzamt Bamberg in Bamberg	Landkreis Bamberg und kreisfreie Stadt Bamberg
107	Finanzamt Bayreuth in Bayreuth	Landkreis Bayreuth und kreisfreie Stadt Bayreuth
108	Finanzamt Cham in Cham	Landkreis Cham
109	Finanzamt Coburg in Coburg	Landkreis Coburg und kreisfreie Stadt Coburg
110	Finanzamt Erlangen in Erlangen	Landkreis Erlangen-Höchstadt und kreisfreie Stadt Erlangen

Lfd. Nr.	Bezeichnung und Sitz	Bezirk des Finanzamts
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3
111	Finanzamt Forchheim in Forchheim	Landkreis Forchheim
112	Finanzamt Fürth in Fürth	Landkreis Fürth und kreisfreie Stadt Fürth
113	Finanzamt Gunzenhausen in Gunzenhausen	Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen
114	Finanzamt Hersbruck in Hersbruck	Landkreis Nürnberger-Land
115	Finanzamt Hilpoltstein in Hilpoltstein	Vom Landkreis Roth die Städte Greding, Heideck und Hilpoltstein, die Gemeinden Allersberg, Röttenbach und Thalmässing sowie die gemeindefreien Gebiete Sauerloh, Wolfsmoos, Buchleite und Brunnau
116	Finanzamt Hof in Hof	Landkreis Hof und kreisfreie Stadt Hof
117	Finanzamt Kitzingen in Kitzingen	Landkreis Kitzingen
118	Finanzamt Kronach in Kronach	Landkreis Kronach
119	Finanzamt Kulmbach in Kulmbach	Landkreis Kulmbach
120	Finanzamt Lichtenfels in Lichtenfels	Landkreis Lichtenfels
121	Finanzamt Lohr a.Main in Lohr a.Main	Landkreis Main-Spessart
122	Finanzamt Neumarkt i.d.OPf. in Neumarkt i.d.OPf.	Landkreis Neumarkt i.d.OPf.
123	Finanzamt Nürnberg-Nord in Nürnberg	Kreisfreie Stadt Nürnberg – Stadtteile 7 und 8, Bezirke 06 bis 09, 23 bis 27 und 90 bis 94 (ohne Aufgaben des Zentralfinanzamts Nürnberg)
124	Finanzamt Nürnberg-Ost in Nürnberg	Kreisfreie Stadt Nürnberg – Stadtteil 3, Bezirke 01 bis 03, 10 bis 14, 28, 29, 40, 41 und 95 (ohne Aufgaben des Zentralfinanzamts Nürnberg)
125	Finanzamt Nürnberg-West in Nürnberg	Kreisfreie Stadt Nürnberg – Stadtteile 5 und 6, Bezirke 04, 05, 15 bis 22 und 42 bis 48 (ohne Aufgaben des Zentralfinanzamts Nürnberg)
126	Zentralfinanzamt Nürnberg in Nürnberg	Kreisfreie Stadt Nürnberg – Besteuerung der Körperschaften, Einheitsbewertung des Grundbesitzes, Grunderwerbsteuer, Kraftfahrzeugsteuer
127	Finanzamt Obernburg a. Main in Obernburg a. Main	Landkreis Miltenberg
128	Finanzamt Regensburg in Regensburg	Landkreis Regensburg und kreisfreie Stadt Regensburg

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Bezeichnung und Sitz</b>	<b>Bezirk des Finanzamts</b>
<b>Spalte 1</b>	<b>Spalte 2</b>	<b>Spalte 3</b>
129	Finanzamt Schwabach in Schwabach	Kreisfreie Stadt Schwabach, vom Landkreis Roth die Städte Abenberg, Roth und Spalt, die Gemeinden Büchenbach, Georgensgmünd, Kammerstein, Rednitzhembach, Rohr, Schwanstetten und Wendelstein sowie gemeindefreie Gebiete Forstbezirk Kleinschwarzenlohe
130	Finanzamt Schwandorf in Schwandorf	Landkreis Schwandorf
131	Finanzamt Schweinfurt in Schweinfurt	Landkreis Schweinfurt und kreisfreie Stadt Schweinfurt
132	Finanzamt Uffenheim in Uffenheim	Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim
133	Finanzamt Waldsassen in Waldsassen	Landkreis Tirschenreuth
134	Finanzamt Weiden i.d.OPf. in Weiden i.d.OPf.	Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab und kreisfreie Stadt Weiden i.d.OPf.
135	Finanzamt Würzburg in Würzburg	Landkreis Würzburg und kreisfreie Stadt Würzburg
136	Finanzamt Wunsiedel in Wunsiedel	Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge
137	Finanzamt Zeil a.Main in Zeil a.Main	Landkreis Haßberge

Anlage 2

Lfd. Nr. aus Anlage 1	Finanzamt	Außenstelle in
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3
	<b>Oberfinanzbezirk München</b>	
3	Berchtesgaden	Laufen
19	Kaufbeuren	Füssen
21	Kempten (Allgäu)	Immenstadt i. Allgäu
25	Memmingen	Mindelheim
37	Nördlingen	Donauwörth
38	Passau	Griesbach und Vilshofen
40	Rosenheim	Wasserburg a. Inn
41	Schrobenhausen	Neuburg a. d. Donau
45	Weilheim i. OB	Schongau
46	Wolfratshausen	Bad Tölz
47	Zwiesel	Viechtach
	<b>Oberfinanzbezirk Nürnberg</b>	
102	Ansbach	Dinkelsbühl und Rothenburg ob der Tauber
108	Cham	Kötzting und Waldmünchen
116	Hof	Münchberg und Naila
121	Lohr a. Main	Karlstadt und Marktheidenfeld
127	Obernburg a. Main	Amorbach
129	Schwandorf	Neunburg vorm Wald
134	Würzburg	Ochsenfurt
135	Wunsiedel	Selb
136	Zeil a. Main	Ebern und Hofheim i. UFr.

## Anlage 3

Lfd. Nr. aus Anlage 1 Spalte 1	Finanzamt Spalte 2	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt	
		für Spalte 3	auf den Bezirk des Finanzamts Spalte 4
1	<b>Oberfinanzbezirk München</b>  Augsburg-Land	a) Kraftfahrzeugsteuer	Augsburg-Stadt
		b) Betriebsprüfung	Nördlingen
		c) Betriebsprüfung Kreditinstitute	Augsburg-Stadt, Dillingen a. d. Donau, Günzburg, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Landsberg a. Lech, Lindau (Bodensee), Memmingen, Neu-Ulm, Nördlingen
		d) Betriebsprüfung land- und forstwirtschaftliche Betriebe	Augsburg-Stadt, Dillingen a. d. Donau, Günzburg, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Landsberg a. Lech, Lindau (Bodensee), Memmingen, Neu-Ulm, Nördlingen
		e) Umsatzsteuerprüfung	Nördlingen
		f) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Nördlingen
2	Augsburg-Stadt	a) Besteuerung der Körperschaften	Augsburg-Land, Nördlingen
		b) Gesonderte Feststellungen nach Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO	Augsburg-Land, Dillingen a. d. Donau, Günzburg, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Lindau (Bodensee), Memmingen, Neu-Ulm, Nördlingen

Lfd. Nr. aus Anlage 1	Finanzamt	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt	
		für	auf den Bezirk des Finanzamts
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4
		c) Bußgeld- und Strafsachen	Augsburg-Land, Dillingen a. d. Donau, Eichstätt, Günzburg, Ingolstadt, Landsberg a. Lech, Neu-Ulm, Nördlingen, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Schrobenhausen
		d) Betriebsprüfung Versorgungsbetriebe	Augsburg-Land, Dillingen a. d. Donau, Günzburg, Kaufbeuren, Kempten (Allgäu), Landsberg a. Lech, Lindau (Bodensee), Memmingen, Neu-Ulm, Nördlingen
		e) Steuerfahndung	Augsburg-Land, Dillingen a. d. Donau, Eichstätt, Günzburg, Ingolstadt, Landsberg a. Lech, Neu-Ulm, Nördlingen, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Schrobenhausen
6	Deggendorf	a) Betriebsprüfung	Dingolfing, Zwiesel
		b) Umsatzsteuerprüfung	Dingolfing, Zwiesel
		c) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Dingolfing, Zwiesel
10	Eggenfelden	a) Erbschaftsteuer, Schenkungssteuer	Berchtesgaden, Burghausen, Deggendorf, Dingolfing, Ebersberg, Grafenau, Kelheim, Landshut, Miesbach, Mühldorf a. Inn

Lfd. Nr. aus Anlage 1 Spalte 1	Finanzamt Spalte 2	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt	
		für Spalte 3	auf den Bezirk des Finanzamts Spalte 4
14	Fürstenfeldbruck	a) Besteuerung der Körperschaften	Passau, Rosenheim, Straubing, Traunstein, Zwiesel  Dachau, Starnberg
		b) Betriebsprüfung	Dachau, Starnberg
		c) Umsatzsteuerprüfung	Dachau, Starnberg
		d) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Dachau, Starnberg
15	Garmisch- Partenkirchen	a) Besteuerung der Körperschaften	Weilheim i. OB, Wolftrathausen
		b) Betriebsprüfung	Weilheim i. OB
		c) Betriebsprüfung land- und forstwirtschaftliche Betriebe	Miesbach, Weilheim i. OB, Wolftrathausen
		d) Umsatzsteuerprüfung	Weilheim i. OB
		e) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Weilheim i. OB
18	Ingolstadt	a) Besteuerung der Körperschaften	Eichstätt, Kelheim, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Schrobenhausen
		b) Betriebsprüfung	Eichstätt, Kelheim, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Schrobenhausen
		c) Betriebsprüfung land- und forstwirtschaftliche Betriebe	Eichstätt, Erding, Freising, Kelheim, Landshut, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Schrobenhausen

Lfd. Nr. aus Anlage 1	Finanzamt	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt für		auf den Bezirk des Finanzamts
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3		Spalte 4
19	Kaufbeuren	d) Umsatzsteuerprüfung	Eichstätt, Kelheim, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Schrobenhausen	
		e) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Eichstätt, Kelheim, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Schrobenhausen	
		a) Besteuerung der Körperschaften	Landsberg a. Lech	
		b) Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer	Garmisch-Partenkirchen, Kempten (Allgäu), Landsberg a. Lech, Lindau (Bodensee), München für Körperschaften, München I, München II, München III, München IV, München V, Starnberg, Weilheim i. OB, Wolftratshausen	
		c) Betriebsprüfung	Landsberg a. Lech	
		d) Umsatzsteuerprüfung	Landsberg a. Lech	
		e) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Landsberg a. Lech	
21	Kempten (Allgäu)	a) Besteuerung der Körperschaften	Lindau (Bodensee)	
		b) Vorsteuererstattungen an Unternehmer in den österreichischen Gemeinden Mittelberg (Kleines Walsertal) und Jungholz, die in der Bundesrepublik weder einen Sitz noch eine Betriebsstätte unterhalten, nach Art. 2 Abs. 4 bis 6 des Abkommens vom 11. Oktober 1972 (BGBl 1973 II S. 1282)		
		c) Bußgeld- und Strafsachen	Garmisch-Partenkirchen, Kaufbeuren, Lindau (Bodensee), Memmingen, Weilheim i. OB	

Lfd. Nr. aus Anlage 1 Spalte 1	Finanzamt Spalte 2	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt	
		für Spalte 3	auf den Bezirk des Finanzamts Spalte 4
23	Landshut	d) Betriebsprüfung	Lindau (Bodensee)
		e) Umsatzsteuerprüfung	Lindau (Bodensee)
		f) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Lindau (Bodensee)
		g) Steuerfahndung	Garmisch-Partenkirchen, Kaufbeuren, Lindau (Bodensee), Memmingen, Weilheim i. OB
		a) Besteuerung der Körperschaften	Dingolfing, Erding, Freising
		b) Bußgeld- und Strafsachen	Dingolfing, Eggenfelden, Erding, Freising, Kelheim
		c) Betriebsprüfung	Erding, Freising
		d) Betriebsprüfung Versorgungsbetriebe	Deggendorf, Dingolfing, Erding, Freising, Grafenau, Passau, Straubing, Zwiesel
		e) Umsatzsteuerprüfung	Erding, Freising
		f) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Erding, Freising
		g) Steuerfahndung	Deggendorf, Dingolfing, Eggenfelden, Erding, Freising, Grafenau, Kelheim, Passau, Straubing, Zwiesel

Lfd. Nr. aus Anlage 1 Spalte 1	Finanzamt Spalte 2	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt	
		für Spalte 3	auf den Bezirk des Finanzamts Spalte 4
26	Miesbach	a) Betriebsprüfung b) Umsatzsteuerprüfung c) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Wolfratshausen Wolfratshausen Wolfratshausen
27	Mühldorf a. Inn	a) Besteuerung der Körperschaften b) Betriebsprüfung c) Betriebsprüfung Kreditinstitute d) Betriebsprüfung land- und forstwirtschaftliche Betriebe e) Umsatzsteuerprüfung f) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern g) Grunderwerbsteuer	Burghausen, Eggenfelden Burghausen, Eggenfelden Berchtesgaden, Burghausen, Eggenfelden, Traunstein Berchtesgaden, Burghausen, Ebersberg, Eggenfelden, Rosenheim, Traunstein Burghausen, Eggenfelden Burghausen, Eggenfelden München für Grundbesitz und Verkehrssteuern
28	München für Grundbesitz und Verkehrssteuern	a) Kapitalverkehrssteuern, Wechselsteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer, Versicherungsteuer, Feuerschutzsteuer b) Feuerschutzsteuer und Versicherungsteuer für in Italien, Liechtenstein und Österreich niedergelassene Versicherer c) Spielbankabgabe	alle Finanzämter des Oberfinanzbezirks München alle Finanzämter der Bundesrepublik Deutschland alle Finanzämter des Freistaates Bayern
29	München für Körperschaften	a) Besteuerung der Betriebe gewerblicher Art der Bundeswehr, die durch die Wehrbereichsverwaltung VI in München bearbeitet werden	alle Finanzämter des Freistaates Bayern

Lfd. Nr. aus Anlage 1 Spalte 1	Finanzamt Spalte 2	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt für auf den Bezirk des Finanzamts Spalte 3 Spalte 4	
		<p>b) Besteuerung der im Ausland ansässigen Werkvertragsunternehmen und deren Arbeitnehmer einschließlich der Verwaltung der Lohnsteuer und Anordnung des Steuerabzugs nach § 50a Abs. 7 EStG sowie die Lohnsteuererhebung in den Fällen des § 38 Abs. 1 Nr. 2 EStG</p> <p>c) Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen nach § 50a Abs. 4 EStG</p> <p>d) Lohnsteuerangelegenheiten der Arbeitgeber der Film- und Fernsehindustrie</p> <p>e) Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen nach § 50a Abs. 4 EStG der Film- und Fernsehindustrie</p> <p>f) Gesonderte Feststellungen nach Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO</p>	<p>alle Finanzämter des Oberfinanzbezirks München</p> <p>München I, München II, München III, München IV, München V</p> <p>Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, München I, München II, München III, München IV, München V, Starnberg, Wolftratshausen</p> <p>Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Starnberg, Wolftratshausen</p> <p>Berchtesgaden, Burghausen, Dachau, Deggendorf, Dingolfing, Ebersberg, Eggenfelden, Eichstätt, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Garmisch-Partenkirchen, Grafenau, Ingolstadt, Kelheim, Landsberg a. Lech, Landshut, Miesbach, Mühlendorf a. Inn,</p>

Lfd. Nr. aus Anlage 1	Finanzamt	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt für	
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	auf den Bezirk des Finanzamts Spalte 4
			München I, München II, München III, München IV, München V, Passau, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Rosenheim, Schrobenhausen, Starnberg, Straubing, Traunstein, Weilheim i. OB, Wolfratshausen, Zwiesel
		g) Anträge nach § 7 des Gesetzes über steuerrechtliche Maßnahmen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln in der Fassung vom 10. Oktober 1967 (BGBl I S. 977)	alle Finanzämter des Freistaates Bayern
		h) Abwicklung des Zerlegungsgesetzes (in der Fassung vom 6. August 1998, BGBl I S. 1998) im Clearingverfahren	alle Finanzämter des Freistaates Bayern
		i) Betriebsprüfung Versicherungsunternehmen	alle Finanzämter des Oberfinanzbezirks München
		j) Betriebsprüfung Versorgungsbetriebe	Dachau, Eichstätt, Fürstenfeldbruck, Ingolstadt, Kelheim, München I, München II, München III, München IV, München V, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Schrobenhausen, Starnberg
		k) Betriebsprüfung Kreditinstitute	Dachau, Ebersberg, Eichstätt, Fürstenfeldbruck, Garmisch-Partenkirchen, Ingolstadt, Kelheim, Miesbach, München I, München II, München III,

Lfd. Nr. aus Anlage 1	Finanzamt	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt	
		für	auf den Bezirk des Finanzamts
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4
30	München I	<p>a) Lohnsteuerliche Betreuung und Überwachung der Gemeinden</p> <p>b) Steuerliche Überwachung und Prüfung bei der Auer-Dult, dem Frühlings- und dem Oktoberfest</p> <p>c) Bußgeld- und Strafsachen</p> <p>d) Betriebsprüfung Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit den Anfangsbuchstaben B bis E</p> <p>e) Steuerfahndung</p> <p>f) Steuerfahndung in Zusammenhang mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit, illegalen Beschäftigung und organisierten Kriminalität</p>	<p>München IV, München V, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Rosenheim, Schrobenhausen, Starnberg, Weilheim i. OB, Wolfratshausen</p> <p>München II, München III, München IV, München V</p> <p>München für Körperschaften, München II, München III, München IV, München V</p> <p>Dachau, Fürstenfeldbruck, München für Grundbesitz und Verkehrsteuern, München für Körperschaften, München II, München III, München IV, München V, Zentralfinanzamt München, Starnberg</p> <p>München für Körperschaften</p> <p>Dachau, Fürstenfeldbruck, München für Grundbesitz und Verkehrsteuern, München für Körperschaften, München II, München III, München IV, München V, Zentralfinanzamt München, Starnberg</p> <p>alle Finanzämter des Oberfinanzbezirks München</p>

Lfd. Nr. aus Anlage 1	Finanzamt	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt	
		für	auf den Bezirk des Finanzamts
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4
31	München II	g) Untersagung der Hilfeleistung in Steuersachen	München II, München III, München IV, München V
		a) Veranlagung der steuerpflichtigen natürlichen Personen ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland	München I, München III, München IV, München V
		b) Ausstellung der Bescheinigungen nach § 39c Abs. 3 und 4 EStG und § 39d EStG	München für Körperschaften, München I, München III, München IV, München V
		c) Feststellungen nach § 180 Abs. 1 AO für Personengesellschaften, Haus- und Erbgemeinschaften, die inländische Einkünfte nach § 49 EStG erzielen und an denen ausschließlich Personen beteiligt sind, die keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben	München I, München III, München IV, München V
		d) Umsatzbesteuerung der im Ausland ansässigen Unternehmer	alle Finanzämter des Oberfinanzbezirks München
32	München III	e) Betriebsprüfung Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit den Anfangsbuchstaben F bis I	München für Körperschaften
33	München IV	a) Betriebsprüfung Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit den Anfangsbuchstaben J bis M	München für Körperschaften
34	München V	a) Betriebsprüfung Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit den Anfangsbuchstaben N bis S (ohne Anfangsbuchstabe Sch)	München für Körperschaften
		a) Betriebsprüfung Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit den Anfangsbuchstaben A, Sch und T bis Z	München für Körperschaften
		b) Betriebsprüfung land- und forstwirtschaftliche Betriebe	Dachau, Fürstfeldbruck, München für Körperschaften, München I, München II, München III, München IV, Starnberg

Lfd. Nr. aus Anlage 1	Finanzamt	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt für		auf den Bezirk des Finanzamts
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3		Spalte 4
35	Zentralfinanzamt München	a) Kraftfahrzeugsteuer im Abrechnungsverfahren für die im Bezirk der Wehrbereichsverwaltung VI zugelassenen Fahrzeuge  b) Erhebung für die den Finanzämtern München für Grundbesitz und Verkehrssteuern, München für Körperschaften, München I, München II, München III, München IV und München V übertragenen Aufgaben  c) Vollstreckung für die den Finanzämtern München für Grundbesitz und Verkehrssteuern, München für Körperschaften, München I, München II, München III, München IV und München V übertragenen Aufgaben		alle Finanzämter des Freistaates Bayern
36	Neu-Ulm	a) Besteuerung der Körperschaften  b) Betriebsprüfung  c) Umsatzsteuerprüfung  d) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern		Dillingen a. d. Donau, Günzburg  Dillingen a. d. Donau, Günzburg  Dillingen a. d. Donau, Günzburg  Dillingen a. d. Donau, Günzburg
37	Nördlingen	a) Erbschaftsteuer, Schenkungssteuer		Augsburg-Land, Augsburg-Stadt, Dachau, Dillingen a. d. Donau, Eichstätt, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, Günzburg, Ingolstadt, Memmingen, Neu-Ulm, Pfaffenhofen a. d. ILM, Schrobenhausen
38	Passau	a) Besteuerung der Körperschaften		Grafenau

Lfd. Nr. aus Anlage 1	Finanzamt	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt für	
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	auf den Bezirk des Finanzamts Spalte 4
40	Rosenheim	b) Bußgeld- und Strafsachen  c) Betriebsprüfung  d) Umsatzsteuerprüfung  e) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern  a) Besteuerung der Körperschaften  b) Bußgeld- und Strafsachen  c) Betriebsprüfung  d) Betriebsprüfung Versorgungsbetriebe  e) Umsatzsteuerprüfung  f) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern  g) Steuerfahndung	Deggendorf, Grafenau, Straubing, Zwiesel  Grafenau  Grafenau  Grafenau  Ebersberg, Miesbach  Berchtesgaden, Burghausen, Ebersberg, Miesbach, Mühl Dorf a. Inn, Traunstein, Wolfratshausen  Ebersberg  Berchtesgaden, Burghausen, Ebersberg, Eggenfelden, Garmisch-Partenkirchen, Miesbach, Mühl Dorf a. Inn, Traunstein, Weilheim i. OB, Wolfratshausen  Ebersberg  Ebersberg  Berchtesgaden, Burghausen, Ebersberg, Miesbach, Mühl Dorf a. Inn, Traunstein, Wolfratshausen
43	Straubing	a) Besteuerung der Körperschaften	Deggendorf, Zwiesel

Lfd. Nr. aus Anlage 1	Finanzamt	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt	
		für	auf den Bezirk des Finanzamts
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4
44	Traunstein	b) Betriebsprüfung Kreditinstitute	Deggendorf, Dingolfing, Erding, Freising, Grafenau, Landshut, Passau, Zwiesel
		c) Betriebsprüfung land- und forstwirtschaftliche Betriebe	Deggendorf, Dingolfing, Grafenau, Passau, Zwiesel
		a) Besteuerung der Körperschaften	Berchtesgaden
		b) Betriebsprüfung	Berchtesgaden
101	<b>Oberfinanzbezirk Nürnberg</b>  Amberg	c) Umsatzsteuerprüfung	Berchtesgaden
		d) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Berchtesgaden
		a) Besteuerung der Körperschaften	Neumarkt i. d. OPf.
		b) Erbschaftsteuer, Schenkungssteuer	Cham, Hersbruck, Hilpoltstein, Neumarkt i. d. OPf., Nürnberg-Nord, Nürnberg-Ost, Nürnberg-West, Zentralfinanzamt Nürnberg, Regensburg, Schwabach, Schwandorf, Waldsassen, Weiden i. d. OPf.
		c) Betriebsprüfung	Neumarkt i. d. OPf.
d) Umsatzsteuerprüfung	Neumarkt i. d. OPf.		
e) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Neumarkt i. d. OPf.		

Lfd. Nr. aus Anlage 1 Spalte 1	Finanzamt Spalte 2	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt	
		für Spalte 3	auf den Bezirk des Finanzamts Spalte 4
102	Ansbach	a) Besteuerung der Körperschaften	Gunzenhausen, Uffenheim
		b) Betriebsprüfung	Gunzenhausen, Uffenheim
		c) Umsatzsteuerprüfung	Gunzenhausen, Uffenheim
		d) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Gunzenhausen, Uffenheim
103	Aschaffenburg	a) Besteuerung der Körperschaften	Obernburg a. Main
		b) Betriebsprüfung	Lohr a. Main, Obernburg a. Main
		c) Betriebsprüfung bei Körperschaften	Lohr a. Main
		d) Umsatzsteuerprüfung	Lohr a. Main, Obernburg a. Main
		e) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Lohr a. Main, Obernburg a. Main
104	Bad Kissingen	a) Betriebsprüfung	Bad Neustadt a. d. Saale
		b) Umsatzsteuerprüfung	Bad-Neustadt a. d. Saale
106	Bamberg	a) Betriebsprüfung Versorgungsbetriebe	Bayreuth, Coburg, Forchheim, Hof, Kronach, Kulmbach, Lichtenfels, Wunsiedel
107	Bayreuth	a) Besteuerung der Körperschaften	Kulmbach
		b) Bußgeld- und Strafsachen	Bamberg, Forchheim, Kulmbach, Zeil a. Main
		c) Betriebsprüfung	Kulmbach
		d) Umsatzsteuerprüfung	Kulmbach
		e) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Kulmbach

Lfd. Nr. aus Anlage 1	Finanzamt	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt	
		für	auf den Bezirk des Finanzamts
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4
108	Cham	f) Steuerfahndung	Bamberg, Coburg, Forchheim, Hof, Kronach, Kulmbach, Lichtenfels, Wunsiedel, Zeil a. Main
		a) Besteuerung der Körperschaften	Schwandorf
		b) Betriebsprüfung	Schwandorf
		c) Umsatzsteuerprüfung	Schwandorf
		d) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Schwandorf
109	Coburg	a) Besteuerung der Körperschaften	Kronach, Lichtenfels
		b) Betriebsprüfung	Kronach, Lichtenfels
		c) Umsatzsteuerprüfung	Kronach, Lichtenfels
		d) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Kronach, Lichtenfels
110	Erlangen	a) Besteuerung der Körperschaften	Forchheim
		b) Betriebsprüfung	Forchheim
		c) Umsatzsteuerprüfung	Forchheim
		d) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Forchheim
116	Hof	a) Besteuerung der Körperschaften	Wunsiedel
		b) Erbschaftsteuer Schenkungsteuer	Bamberg, Bayreuth, Coburg, Erlangen, Forchheim, Kronach, Kulmbach, Lichtenfels, Wunsiedel

Lfd. Nr. aus Anlage 1	Finanzamt	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt für	
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	auf den Bezirk des Finanzamts Spalte 4
121	Lohr a. Main	c) Bußgeld- und Strafsachen  d) Betriebsprüfung  e) Umsatzsteuerprüfung  f) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern  a) Erbschaftsteuer, Schenkungsteuer	Coburg, Kronach, Lichtenfels, Wunsiedel  Wunsiedel  Wunsiedel  Wunsiedel  Ansbach, Aschaffenburg, Bad Kissingen, Bad Neustadt a. d. Saale, Fürth, Gunzenhausen, Kitzingen, Obernburg a. Main, Schweinfurt, Uffenheim, Würzburg, Zeil a. Main
123	Nürnberg-Nord	a) Betriebsprüfung  b) Umsatzsteuerprüfung  c) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Hersbruck  Hersbruck  Hersbruck
124	Nürnberg-Ost	a) Veranlagung der steuerpflichtigen natürlichen Personen ohne Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland  b) Besteuerung der im Ausland ansässigen Werkvertragsunternehmen und deren Arbeitnehmer einschließlich der Verwaltung der Lohnsteuer und Anordnung des Steuerabzugs nach § 50a Abs. 7 EStG sowie die Lohnsteuererhebung in den Fällen des § 38 Abs. 1 Nr. 2 EStG  c) Ausstellung der Bescheinigungen nach § 39c Abs. 3 und 4 EStG und § 39d EStG	Nürnberg-Nord, Nürnberg-West  alle Finanzämter des Oberfinanzbezirks Nürnberg  Zentralfinanzamt Nürnberg, Nürnberg-Nord, Nürnberg-West

Lfd. Nr. aus Anlage 1	Finanzamt	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt für		auf den Bezirk des Finanzamts
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3		Spalte 4
125	Nürnberg-West	<p>d) Feststellungen nach § 180 Abs. 1 AO für Personengesellschaften, Haus- und Erbgemeinschaften, die inländische Einkünfte nach § 49 EStG erzielen und an denen ausschließlich Personen beteiligt sind, die keinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Inland haben</p> <p>e) Erhebung - ohne Stundung, Erlass -</p> <p>f) Betriebsprüfung land- und forstwirtschaftliche Betriebe</p>	<p>Nürnberg-Nord, Nürnberg-West</p> <p>Nürnberg-West</p> <p>Ansbach, Bamberg, Bayreuth, Coburg, Erlangen, Forchheim, Fürth, Gunzenhausen, Hersbruck, Hilpoltstein, Hof, Kronach, Kulmbach, Lichtenfels, Nürnberg-Nord, Nürnberg-West, Zentralfinanzamt Nürnberg, Schwabach, Uffenheim, Wunsiedel</p>	
		<p>a) Bußgeld- und Strafsachen</p> <p>b) Betriebsprüfung</p> <p>c) Umsatzsteuerprüfung</p> <p>d) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern</p>	<p>Ansbach, Erlangen, Fürth, Gunzenhausen, Hersbruck, Hilpoltstein, Neumarkt i. d. OPf., Nürnberg-Nord, Nürnberg-Ost, Zentralfinanzamt Nürnberg, Schwabach, Uffenheim</p> <p>Hilpoltstein, Schwabach</p> <p>Hilpoltstein, Schwabach</p> <p>Hilpoltstein, Schwabach</p>	

Lfd. Nr. aus Anlage 1		Die Zuständigkeit ist ausgedehnt	
		für	auf den Bezirk des Finanzamts
Spalte 1		Spalte 3	Spalte 4
126	Zentralfinanzamt Nürnberg	<p>e) Steuerfahndung</p> <p>f) Steuerfahndung in Zusammenhang mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit, illegalen Beschäftigung und organisierten Kriminalität</p> <p>a) Besteuerung der Körperschaften</p> <p>b) Gesonderte Feststellungen nach Außensteuergesetz und nach § 180 Abs. 5 Nr. 1 AO</p> <p>c) Kapitalverkehrssteuern, Wechselsteuer, Rennwett- und Lotteriesteuer, Versicherungssteuer, Feuerschutzsteuer</p> <p>d) Umsatzbesteuerung der im Ausland ansässigen Unternehmer</p> <p>e) Betriebsprüfung Kreditinstitute</p> <p>f) Betriebsprüfung Versicherungsunternehmen</p> <p>g) Betriebsprüfung Versorgungsbetriebe</p>	<p>Ansbach, Erlangen, Fürth, Gunzenhausen Hersbruck, Hilpoltstein, Neumarkt i. d. OPf., Nürnberg-Nord, Nürnberg-Ost, Zentralfinanzamt Nürnberg, Schwabach, Uffenheim</p> <p>alle Finanzämter des Oberfinanzbezirks Nürnberg</p> <p>Hersbruck, Hilpoltstein, Schwabach</p> <p>alle Finanzämter des Oberfinanzbezirks Nürnberg</p> <p>alle Finanzämter des Oberfinanzbezirks Nürnberg</p> <p>alle Finanzämter des Oberfinanzbezirks Nürnberg</p> <p>alle Finanzämter des Oberfinanzbezirks Nürnberg ohne die Finanzämter Amberg, Cham, Neumarkt i. d. OPf., Regensburg, Schwandorf, Waldsassen, Weiden i. d. OPf.</p> <p>alle Finanzämter des Oberfinanzbezirks Nürnberg</p> <p>Ansbach, Erlangen, Fürth, Gunzenhausen, Hersbruck, Hilpoltstein, Nürnberg-Nord, Nürnberg-Ost, Nürnberg-West, Schwabach, Uffenheim</p>

Lfd. Nr. aus Anlage 1	Finanzamt	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt	
		für	auf den Bezirk des Finanzamts
Spalte 1	Spalte 2	Spalte 3	Spalte 4
128	Regensburg	a) Bußgeld- und Strafsachen  b) Betriebsprüfung land- und forstwirtschaftliche Betriebe  c) Betriebsprüfung Kreditinstitute  d) Betriebsprüfung Versorgungsbetriebe  e) Steuerfahndung	Amberg, Cham, Schwandorf, Waldsassen, Weiden i. d. OPf.  Amberg, Cham, Neumarkt i. d. OPf., Schwandorf, Waldsassen, Weiden i. d. OPf.  Amberg, Cham, Neumarkt i. d. OPf., Schwandorf, Waldsassen, Weiden i. d. OPf.  Amberg, Cham, Neumarkt i. d. OPf., Schwandorf, Waldsassen, Weiden i. d. OPf.  Amberg, Cham, Schwandorf, Waldsassen, Weiden i. d. OPf.
131	Schweinfurt	a) Besteuerung der Körperschaften  b) Betriebsprüfung  c) Umsatzsteuerprüfung  d) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern	Bad Kissingen, Bad Neustadt a. d. Saale, Zeil a. Main  Zeil a. Main  Zeil a. Main  Bad Kissingen, Bad Neustadt a. d. Saale, Zeil a. Main
134	Weiden i. d. OPf.	a) Besteuerung der Körperschaften  b) Verwaltungsaufgaben, die über die Festsetzung der Umsatzsteuer im grenzüberschreitenden Personenverkehr hinausgehen  c) Betriebsprüfung  d) Umsatzsteuerprüfung	Waldsassen  alle Finanzämter des Oberfinanzbezirks Nürnberg  Waldsassen  Waldsassen

Lfd. Nr. aus Anlage 1 Spalte 1	Finanzamt Spalte 2	Die Zuständigkeit ist ausgedehnt	
		für Spalte 3	auf den Bezirk des Finanzamts Spalte 4
135	Würzburg	e) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern a) Besteuerung der Körperschaften b) Bußgeld- und Strafsachen c) Betriebsprüfung d) Betriebsprüfung land- und forstwirtschaftliche Betriebe e) Betriebsprüfung Versorgungsbetriebe f) Umsatzsteuerprüfung g) Lohnsteuer-Außenprüfung bei Arbeitgebern mit mehr als 499 Arbeitnehmern h) Steuerfahndung	Waldsassen Kitzingen Aschaffenburg, Bad Kissingen, Bad Neustadt a. d. Saale, Kitzingen, Lohr a. Main, Oberburg a. Main, Schweinfurt Kitzingen Aschaffenburg, Bad Kissingen, Bad Neustadt a. d. Saale, Kitzingen, Lohr a. Main, Oberburg a. Main, Schweinfurt, Zeil a. Main Aschaffenburg, Bad Kissingen, Bad Neustadt a. d. Saale, Kitzingen, Lohr a. Main, Oberburg a. Main, Schweinfurt, Zeil a. Main Kitzingen Kitzingen Aschaffenburg, Bad Kissingen, Bad Neustadt a. d. Saale, Kitzingen, Lohr a. Main, Oberburg a. Main, Schweinfurt

300-3-1-J

**Verordnung  
zur Änderung der  
Gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung Justiz**

**Vom 16. November 1999**

Auf Grund von § 689 Abs. 3 Satz 1, § 703c Abs. 3 Halbsatz 1 und § 703d Abs. 2 der Zivilprozeßordnung – ZPO – (BGBl III 310-4), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 21. Mai 1999 (BGBl I S. 1026), in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nr. 27 und Abs. 2 der Zuständigkeitsübertragungsverordnung Justiz vom 17. Februar 1987 (GVBl S. 33, BayRS 300-1-3-J), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Januar 1999 (GVBl S. 23), erlässt das Bayerische Staatsministerium der Justiz folgende Verordnung:

§ 1

§ 5 der Verordnung über gerichtliche Zuständigkeiten im Bereich des Staatsministeriums der Justiz (Gerichtliche Zuständigkeitsverordnung Justiz – GZVJu) vom 2. Februar 1988 (GVBl S. 6, BayRS 300-3-1-J), zuletzt geändert durch Verordnung vom 14. Oktober 1999 (GVBl S. 448), erhält folgende Fassung:

„§ 5

Mahnverfahren

Auf Grund des § 689 Abs. 3 Satz 1, § 703c Abs. 3 Halbsatz 1 und § 703d Abs. 2 ZPO werden übertragen dem

1. Amtsgericht Coburg zur maschinellen Bearbeitung die Mahnverfahren für die Amtsgerichte in den Landgerichtsbezirken Bamberg, Bayreuth, Coburg und Hof und, soweit die Anträge in einer nur maschinell lesbaren Aufzeichnung eingereicht werden, für sämtliche Amtsgerichte der Oberlandesgerichtsbezirke Nürnberg und Bamberg,
2. Amtsgericht München die Mahnverfahren, soweit die Anträge in einer nur maschinell lesbaren Aufzeichnung eingereicht werden, für sämtliche Amtsgerichte des Oberlandesgerichtsbezirks München.“

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1999 in Kraft.

München, den 16. November 1999

**Bayerisches Staatsministerium der Justiz**

Dr. Manfred Weiß, Staatsminister

2210-4-4-WFK

**Verordnung  
zur Änderung der Verordnung  
über die Einstellungsvoraussetzungen  
für Lehrkräfte für besondere Aufgaben**

Vom 17. November 1999

Auf Grund von Art. 27 Abs. 2 Satz 3 des Bayerischen Hochschullehrergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Januar 1995 (GVBl S. 44, BayRS 2030-1-2-WFK), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 22. Juli 1999 (GVBl S. 300), in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 Satz 1 des Dritten Gesetzes zur Überleitung von Zuständigkeiten vom 25. Dezember 1998 (GVBl S. 1013, BayRS 1102-9-S) erlässt das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Einstellungsvoraussetzungen für Lehrkräfte für besondere Aufgaben (ELbAV) vom 29. Oktober 1985 (GVBl S. 681, BayRS 2210-4-4-WFK) wird wie folgt geändert:

1. In der Einleitungsformel werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „wissenschaftlichen Hochschulen“ durch das Wort „Universitäten“, das Wort „Studienrats“ durch die Worte „Akademischen Rats“ und die Worte „Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule“ durch das Wort „Hochschulstudium“ ersetzt.
  - b) In Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Studienrats“ durch die Worte „Akademischen Rats“ ersetzt.

- c) In Absatz 3 Satz 1 wird das Wort „Studienrats“ durch die Worte „Akademischen Rats“ ersetzt.
3. § 2 wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 1 Nr. 1 Buchst. b wird „Art. 19“ durch „Art. 25“ ersetzt.
  - b) In Satz 2 wird das Wort „Sozialwesen“ durch die Worte „Soziale Arbeit“ ersetzt.
4. § 3 wird wie folgt geändert:
  - a) In Absatz 2 Satz 1 werden die Worte „Unterricht und Kultus“ durch die Worte „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ ersetzt.
  - b) In Absatz 4 werden die Worte „Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule“ durch das Wort „Hochschulstudium“ ersetzt.
5. In § 4 wird „Abs. 3“ durch „Abs. 4“ ersetzt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1999 in Kraft.

München, den 17. November 1999

**Bayerisches Staatsministerium  
für Wissenschaft, Forschung und Kunst**

Hans Z e h e t m a i r, Staatsminister

**Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt**  
Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag  
Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München  
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, B 1612

---

**Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München**

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat.

Die Herstellung erfolgt aus **100 % Altpapier**.

**Herstellung und Vertrieb:** Max Schick GmbH, Druckerei und Verlag, Karl-Schmid-Straße 13, 81829 München, Tel. 0 89 / 42 92 01 / 02, Telefax 0 89 / 42 84 88, Bankverbindung: Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, Kto.-Nr.: 38 365 444, BLZ 700 202 70.

**Bezug:** Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird im Namen und für Rechnung des Herausgebers von der Max Schick GmbH ausgeliefert. Bestellungen sind ausschließlich an die Max Schick GmbH zu richten. Ausgaben, die älter sind als 5 Jahre, sind im Einzelverkauf nicht erhältlich. Abbestellungen müssen bis spätestens 31. Oktober eines Jahres mit Wirkung vom Beginn des folgenden Kalenderjahres bei der Max Schick GmbH eingehen. Reklamationen wegen fehlerhafter oder nicht erhaltener Exemplare müssen spätestens 1 Monat nach deren Erscheinungsdatum schriftlich oder per Telefax beim Verlag eingehen. Nach dieser Frist ist eine gebührenfreie Ersatzlieferung nicht mehr möglich.

**Bezugspreis** für den laufenden Bezug jährlich DM 65,00 (unterliegt nicht der gesetzlichen Mehrwertsteuer), für Einzelnummern bis 8 Seiten DM 4,00, für weitere 4 angefangene Seiten DM 0,50, ab 48 Seiten Umfang für je weitere 8 angefangene Seiten DM 0,50 + Versand.